

Niederschrift

zur Fortsetzung der 27. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2008/2014)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 14.09.2017	18:31 - 19:49 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz

CDU/FDP-Fraktion

Karin Lehmann,

Fraktion DIE LINKE.

Jutta Bargenda, Stephan Wende Vertretung für Frau Monika Fiedler,

CDU/FDP-Fraktion

Petra Schumann,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Kai Hamacher Vertretung für Frau Anja Miethke, Christina Krüger,

SPD-Fraktion

Klaus Runge, Elke Wagner,

Alternative für Deutschland (AfD)

Lars Aulich,

Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz,

Sachkundige EinwohnerInnen

Rolf-Peter Hooge, Myriam Kalipke, Peter-Martin Mattigk,

Abwesend

Fraktion DIE LINKE.

Monika Fiedler,

CDU/FDP-Fraktion

Jürgen Teichmann,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Anja Miethke.

TOP 1 Eröffnung der Fortsetzungssitzung

Die **Vorsitzende** eröffnet die Fortsetzung der 27. Sitzung des Fachausschusses um 18.31 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Es sind 10 stimmberechtigte Mitglieder und 3 sachkundige Bürger anwesend.

Herr Runge hinterfragt die Verfahrensweise in der letzten Sitzung beim TOP 7.9, als die Vorsitzende sich befangen erklärt und die Sitzungsleitung an den Bürgermeister übergibt. Daraufhin stellt **Frau Lehmann** klar, dass die stellvertretende Vorsitzende Frau Miethke nicht anwesend war und deshalb so verfahren wurde.

TOP 3 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 4 behandelt am 07.09.2017

TOP 4.1 behandelt

TOP 4.2 behandelt

TOP 5 behandelt am 07.09.2017

TOP 6 behandelt am 07.09.2017

TOP 7.1 behandelt am 07.09.2017

TOP 7.2 behandelt am 07.09.2017

TOP 7.3 behandelt am 07.09.2017

TOP 7.4 behandelt am 07.09.2017

TOP 7.5 behandelt am 07.09.2017

TOP 7.6 behandelt am 07.09.2017

TOP 7.7 behandelt am 07.09.2017

TOP 7.8 behandelt am 07.09.2017

TOP 7.9 behandelt am 07.09.2017

TOP 7.10 Grundsatzbeschluss zur Freianlagengestaltung im Bereich des Jagd- 6/DS/543 schlossensembles

Herr Tschepe erläutert anhand des Lageplanes die Vorplanungen zur Freianlagengestaltung im Bereich des Jagdschlusses.

Das Jagdschloss ist im Eigentum der Stadt und wurde zur Bewirtschaftung an den Betreiber der Akademie, Hochschulausbildung für den Bereich Hotellerie und Gastronomie, verpachtet. Das Magazinegebäude und das Kornschipperhaus sind verkauft. Durch die unterschiedlichen Nutzungen im Bereich des Jagdschlussesensembles, wie Verwaltungs- und Wirtschaftsgebäude, Hotelbetrieb und kultureller Art, müssen die Außenanlagen dementsprechend angepasst und die öffentlichen Interessen der Stadt berücksichtigt werden. Besondere Bedeutung hat dabei der öffentliche Fuß- und Radweg an der Spree, der zu den zertifizierten Radwanderwegen gehört.

Des Weiteren ist eine Stellplatzfläche für PKWs vorgesehen. Da eine Zufahrt von der Schosstraße nicht möglich ist, wird diese über die Magazinstraße in Richtung Spreeufer gestaltet.

Die Gestaltung der Nutzungs- und Grünflächen im Innenbereich sind zunächst vorläufig abgestimmt. Der Eigentümer hat bereits seine Architekten für die Umgestaltung beauftragt, die dann detailliert für die Leistungsphasen 3 bis 5 abzustimmen sind.

Weiterhin ist vorgesehen, dass die Freiflächen vom Pächter des Jagdschlusses mitgenutzt werden können. Weitere Gestaltungsideen der Planer und Pächter sind:

- ein Weg vom Jagdschloss in Richtung Spree zu einer Aussichtsplattform, die sich über der Wasseroberfläche befindet,
- kleinteilige Angebote zum Spielen für die Kinder in den Aufenthaltsbereichen,
- nicht öffentlich zugängliche Veranstaltungen, wie z. B. Hochzeiten, können Mittels schlichter Zäune abgegrenzt werden, Ziel ist jedoch, die Durchgängigkeit in Richtung Wassergasse des Spreeuferweges für Fußgänger und Radfahrer jederzeit zu gewährleisten

Für die Sanierung, die bauliche Herstellung und den Umbau des Jagdschlusses sowie die Gestaltung der Außenanlagen werden Fördermittel aus dem Stadtumlandwettbewerb (SUW) akquiriert.

Herr Peter Apitz schlägt vor, ein Teilstück des Spreeuferweges als Fahrradstraße zu kennzeichnen. Für die Fahrradfahrer würde das bedeuten, dass ihnen immer die Vorfahrt zu gewährt ist. **Herr Tschepe** nimmt den verkehrsrechtlichen Vorschlag auf.

Frau Wagner ist über die Abgrenzungen mit Zäunen nicht sehr erfreut, worauf **Herr Tschepe** nochmals erklärt, dass diese keine Sichtbarrieren darstellen und zurückhaltend gestaltet sind. Auf Nachfrage, ob in den Räumlichkeiten die Möglichkeit besteht, das Standesamt unterzubringen, wurde bisher noch nicht thematisiert und wird von **Herrn Tschepe** mit in die Verwaltung genommen.

Zur Frage von **Herrn Mattig**, teilt **Herr Tschepe** mit, dass Sitzgelegenheiten vorgesehen sind, auch ohne sich der Gastronomie bedienen zu müssen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordneten beschließen zum Bauvorhaben „Sanierung und Umbau des Jagdschlusses“ in der Schlosstraße 13 die Beauftragung der Planungsleistung Freianlagen für die Leistungsphasen 3 bis 5 nach HOAI, auf der Grundlage der Vorplanung.

Zustimmung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 7.11 Antrag der Fraktion DIE LINKE "Gemeinsame Betreuung von Museum und Galerie" - Organisation

Der Entwurf des Nutzungsvertrages zwischen der Stadt Fürstenwalde/Spree und der Kulturfabrik Fürstenwalde gGmbH (Kufa) ist zwischen den Vertragspartnern abgestimmt und liegt den Stadtverordneten vor. Er beinhaltet die weitere Verfahrensweise im Umgang mit den aufstehenden Gebäuden. Der Beschlussvorschlag wird zeitnah vorbereitet.

Frau Wagner macht auf den Zeitfaktor aufmerksam. Es muss schnellstmöglich beschlossen werden, wer die Trägerschaft für Galerie und Museum übernimmt. Die Mitarbeiter wissen nicht, wie es ab 01.01.2018 weiter geht. Daraufhin erklärt **Herr Kaul**, dass es Absprachen mit dem Geschäftsführer der Kufa gegeben hat und wenn es zu einer Veränderung kommen sollte, die Betroffenen nicht schlechter gestellt werden. Er verweist auf § 613 a BGB, der den Betriebsübergang regelt.

Im Frühjahr des Jahres wurde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE der Beschluss gefasst, dass die bestehenden Verträge überarbeitet und angepasst werden, so **Herr Wende**. Zwischen der Stadt und der Kufa existieren drei Grundsatzverträge. Mit dem vorliegenden Entwurf, ist ein Drittel erfüllt. Des Weiteren war verabredet, dass die Verwaltung bis zur Sommerpause den Vorschlag unterbreitet, wie die Betreuung der Galerie, des Museums und des Brauereimuseum erfolgen soll. Im Kontext ist die vorsorgliche Aufkündigung des bestehenden Vertrages zum 31.12.2017 beschlossen worden. Er macht darauf aufmerksam, dass eine Galerie Vorlaufzeiten für die Planungen ihre Ausstellungen benötigt. Er kritisiert den unbefriedigten Zustand und findet diesen nicht akzeptabel!

Frau Wagner ist der Meinung, um den zeitlichen Druck entgegenzuwirken, nachdem der Vorschlag der Verwaltung vorliegt, eine Sondersitzung anzuberaumen.

TOP 8 Thema Integration

Der Integrationsbeirat hat am 08.09.2017 seine Beiratsklausur durchgeführt, hat Aufgaben verteilt und Ziele gesetzt. Den Vorsitz hat Frau Al Jabiri übernommen.

Auf Anfrage von **Herrn Wende** zum Sachstand Integrationskonzept teilt **Herr Politz** mit, dass zurzeit verschiedene Workshops stattfinden. Die daraus resultierenden Ergebnisse fließen in das Konzept ein. Es wird davon ausgegangen, dass Anfang des nächsten Jahres ein entsprechendes Papier vorliegen wird.

Für die arabische Schule wurden Räumlichkeiten in Fürstenwalde Nord gefunden, die auch Akzeptanz beim Verein Al Tariq finden. Diese erfordern jedoch Umbaumaßnahmen, die laut Rücksprache mit dem Fachbereich Stadtentwicklung ca. 25.000 € kosten. Es wird weiter nach Alternativen gesucht, so **Herr Politz**.

Auf Vorschlag von **Herrn Wende**, eine städtische Schule zur Verfügung zu stellen, da die arabische Schule immer Sonntags stattfindet und die Gebäude leer stehen, erläutert **Herr Politz**, dass sich zum einen die Räumlichkeiten nicht separieren lassen und zum anderen die Frage der Reinigung und des Hausmeister besteht. Es muss eine eigenständige Lösung gefunden werden.

Auf Anfrage von **Frau Kalipke** teilt **Herr Politz** mit, dass es von der Klausurtagung des Integrationsbeirates eine Fotodokumentation geben wird, die als Protokoll dient.

Bezüglich des Abgeordneteninformationssystems teilt er mit, dass die Mitglieder so zugreifen können, wie die Allgemeinheit auch.

Herr Hamacher informiert, dass die medizinische Versorgung in den Gemeinschaftsunterkünften in der Langewahler Straße und im Tränkeweg unterbrochen ist, worauf **Herr Politz** mitteilt, dass dazu eine Veranstaltung mit den entsprechenden Institutionen geplant ist.

Diesbezüglich bittet **Frau Kalipke** auch zu thematisieren, dass Migranten, die aus einer stationären Behandlung entlassen werden, keine Anschlussmedikamentation erhalten, da es keine freien Hausärzte in Fürstenwalde gibt. Daraufhin erklärt **Herr Politz**, dass der Handlungsrahmen der Verwaltung gleich Null ist.

Herr Wende fügt ergänzend an, dass dieses Problem nicht nur auf die Flüchtlinge zutrifft, sondern

generell auch auf Zuzüge.

Frau Kalipke verweist auf die Kassenärztliche Vereinigung.

Auf die Frage von **Frau Bagenda**, wie Ärzte akquiriert werden können, teilt **Herr Politz** und auch **Frau Wagner** mit, dass diese Problematik im Landkreis bekannt ist und seit mehreren Jahren über Motivationsinitiativen nachgedacht wird und umgesetzt werden.

TOP 9 Informationen der Verwaltung

Das Staatliche Schulamt hat zum § 3 Abs. 2 der Schulbezirkssatzung, Zuordnung, einen Änderungsvorschlag unterbreitet, für den Fall, das eine Schule übernachgefragt ist. Die geänderte Form ist rechtssicher, wenn es keine deckungsgleichen Schulbezirke gibt. Vom Ministerium gibt es dazu ein vorgeschriebenes Verfahren.

Eine weitere Änderung redaktioneller Art wurde im § 2 vorgenommen.

(Herr Politz stellt den Stadtverordneten die Gesetzesgrundlage und die Änderungen der § 2 und 3 Abs. 2 zur Verfügung.)

Laut heutiger Rücksprache mit Frau Klauke, von der Rechtsstelle des Staatlichen Schulamtes, ist die Aufnahme der Geschwisterkind Regelung in die Schulbezirkssatzung nicht rechtssicher und gesetzeskonform zu gewährleisten.

Frau Wagner ist verwundert, das die Schulbezirkssatzung Beratungsgegenstand im gestrigen Hauptausschuss war, worauf **Herr Wende** erklärt, das die Zuständigkeit für die kommunalen Satzungen beim Hauptausschuss liegt. Die fachliche Beurteilung dagegen bei den Fachausschüssen.

In der letzten Sitzung hat der Fachausschuss die Verwaltung beauftragt nach einer Lösung zu suchen, die Geschwisterkind Regelung in die Satzung aufzunehmen, so dass aus der weichen, schwammigen Kann Regelung im Gesetz, eine verbindliche Regelung werden kann. Er erwartet von der Verwaltung Unterstützung bei der Umsetzung des politischen Willens. Sie sollte sich nicht mit den telefonischen Aussagen des Staatlichen Schulamtes abfinden. Herr Wende selbst hat sich diesbezüglich mit dem Ministerium in Verbindung gesetzt, die Antwort steht noch aus.

Ergänzend fügt **Herr Politz** an, dass das Staatliche Schulamt eine schriftliche Stellungnahme zur Anfrage nachreichen wird. Er selbst wird noch einmal mit der Rechtsstelle der Verwaltung in Kontakt treten. Die Problematik ist darauf zurückzuführen, dass jede Entscheidung eine individuelle ist und eine Würdigung aller möglichen Gründe erfordert.

TOP 10 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Frau Wagner bemängelt, dass jetzt auch dieser Fachausschuss auf Grund von endlosen Diskussionen einer Fortsetzungssitzung bedarf. So wurde in der letzten Sitzung der Antrag der BFZ-Fraktion: Erweiterung der Gerhard-Goßmann-Grundschule um eine Mensa und drei Fachräume zurückgestellt, jedoch im gestrigen Hauptausschuss wurde dazu ein Beschluss gefasst. Sie ist der Meinung, erst wenn der Fachausschuss abschließend darüber beraten hat, kann der Beratungsgegenstand in den nächsten Ausschuss gehen. Die **Vorsitzende** schließt sich der Meinung an.

Herr Wende kann keinen formalen Fehler erkennen. Die einreichende Fraktion hat auf Abstimmung verzichtet, da sie nach der umfangreichen Diskussion im Fachausschuss den Beschlusstext umformulieren wollten. Die weitere Beratungsfolge war dann der Stadtentwicklungs- und der Hauptausschuss, in denen mit der abgeänderten Form gearbeitet wurde.

Abschließend äußern **Herr Runge, Herr Peter Apitz und Herr Hamacher** ihre persönlichen Meinungen.

Herr Runge bittet die Verwaltung, die derzeitige Ampellösung auf der Kreuzung Juri-Gagarinstraße/Marchlewski Straße kurzfristig zu prüfen. Sie bringt für die Verkehrsteilnehmer Unsicherheit und sendet irritierende Leuchtsignale aus. Herr Runge schlägt vor, entweder die Ampel komplett auszuschalten und die Ampelleuchten zuzuhängen oder eine Baustellenampel aufzustellen. Am 11.07.2017 wurde dem Stadtentwicklungsausschuss der Vorschlag unterbreitet, die Anlage übergangsweise, bis zur grundhaften Umgestaltung des Kreuzungsbereiches, mit neuer Technik

auszustatten, so **Herr Tschepe**. Hierfür werden ca. 25.000 € erforderlich. Aus diesem Grund hat der Fachausschuss gebeten, nach weiteren Alternativen zu suchen. Aus Sicht des Fachbereichsleiters ist das Abschalten der Lichtsignale kurzfristig möglich, jedoch werden für die Reparatur einige Wochen benötigt.

Herr Wende fragt zum Sachstand an, als es darum ging, Anteile am Gesundheitszentrum an das Helios Klinikum zu veräußern und das im Gegenzug die Einrichtung einer Rettungsstelle in Fürstenwalde geprüft und umgesetzt wird. **Frau Wagner** weiß zu berichten, dass der Landkreis die Oder Sun Hallen gekauft hat und diese ausgebaut werden. In einer der Hallen zieht das Kreisarchiv und in der anderen Halle befindet sich zur Hälfte das THW und dort wird eine Rettungsstelle eingerichtet, jedoch nicht im herkömmlichen Sinne.

Die Anfrage der **Vorsitzenden**, ob es Informationen der Verwaltung oder Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses im nicht öffentlichen Teil der Sitzung gibt, wird verneint. Des Weiteren erklären sich die Stadtverordneten einverstanden, im Anschluss über die vorliegende nicht öffentliche Niederschrift, ohne sich zu äußern, im öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.06.2017 abzustimmen.

TOP 12 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Um 19.49 Uhr schließt die **Vorsitzende** die Sitzung.

Die Niederschrift umfasst 6 Seiten. Es sind 6 Audit im AIS eingestellt.

Karin Lehmann

Elke Stein

Vorsitzende

Schriftführerin